

Kontrolle der Marktwirtschaft

Dr. Gregor Gysi, geb. 1948 in Berlin, studierte Rechtswissenschaften an der Humboldt-Universität in Berlin und ist seit 1971 als Rechtsanwalt tätig. Im Dezember 1989 wurde er zum Vorsitzenden des SED/PDS gewählt. Von März bis Oktober 1990 war er als Fraktionsvorsitzender der PDS Mitglied der Volkskammer der DDR, seitdem ist er Mitglied des Deutschen Bundestages und dort Vorsitzender der Abgeordnetengruppe der PDS.

Umwelt schützen - Arbeit schaffen

Die Partei des Demokratischen Sozialismus unterstützt die Wahlprüfsteine des DGB in vollem Maße. Zu einigen Punkten wollen wir einige erweiternde Erläuterungen geben:

Die PDS setzt sich für einen zügigen Übergang zu einer sozial und ökologisch orientierten Wirtschaft mit funktionierenden marktwirtschaftlichen Mechanismen und demokratischen Kontrollen ein. Der Übergang zu dem neuen Wirtschaftssystem in der ehemaligen DDR muß unter sozial verträglichen Bedingungen erfolgen.

Im Sinne der Vorschläge des DGB tritt die PDS für Maßnahmen zur Sicherung der industriellen Produktion in den neuen Bundesländern ein. Die massive Desinvestitionsbewegung und die Desindustrialisierung müssen gestoppt werden. Zu einer erfolgreichen Rekonstruktion der Wirtschaft in der ehemaligen DDR unter marktwirtschaftlichen Bedingungen gehört weiter die Umsetzung eines Infrastrukturprogramms. Hier stehen nicht nur die rasche Verbesserung der Transport- und Kommunikationsbedingungen im Vordergrund; es geht auch um die Behebung der ökologischen Altlasten und umfangreichere Investitionen zur Sicherung und Verbesserung der Bausubstanz.

Die positiven Auswirkungen eines über mehrere Jahre angelegten Infrastrukturprogramms können verstärkt und ausgebaut werden, wenn die Länder und die Gemeinden mit den notwendigen Finanzmitteln ausgestattet werden, das heißt die Einbeziehung der ostdeutschen Länder in den Länderfinanzausgleich ab 1991 und nicht wie bisher vorgesehen erst ab 1995.

Wir fordern für die Bürgerinnen der ehemaligen DDR keine finanziellen Geschenke oder Sonderbedingungen. Aber abgesehen von den sozial-psychologischen Folgen der Arbeitslosigkeit ist die langjährige Finanzierung von gesellschaftlicher Tatenlosigkeit auch ökonomisch unsinnig. Produktionsstilllegungen erfordern in der Konsequenz wachsende Zuschüsse des Staates für die Arbeitslosen-, Sozial- und Krankenversicherung; rückläufige Steuereinnahmen bringen darüber hinaus die öffentlichen Haushalte in die roten Zahlen. Mit zunächst nur geringfügig erhöhtem Mitteleinsatz kann dieser negative Trend gestoppt und schließlich umgekehrt werden.

Statt Massenarbeitslosigkeit sollen sinnvolle Wirtschaftsprojekte im Bereich der Industrie, der Infrastruktur und der ökologischen Sanierung angeschoben werden. So könnten sich die Wirtschafts- und Einkommenskreisläufe erweitern und die Bürgerinnen würden aus ihrer gesellschaftlichen Bittstellerrolle herauskommen. Solche Wirtschaftspolitik ist unter ökonomischen und sozialen Aspekten rationeller als das blinde Vertrauen auf die Selbstheilungskräfte des Marktes.

Schon jetzt sind zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit von Arbeitslosen- und Sozialversicherung große Zuschüsse des Staates erforderlich. Wir wollen, daß die Mittel nicht zur Abstützung der Folgen ökonomischer Krisenprozesse, sondern zur Erneuerung von wirtschaftlichen und ökologischen Strukturen eingesetzt werden.

Die Finanzierung dieser Belastungen sollte durch einen radikalen Abbau der Verteidigungsausgaben, den Verzicht auf Unternehmenssteuersenkungen und die Erhebung einer Ergänzungsabgabe auf höhere Einkommen erfolgen. Darüber hinaus muß das Steuersystem der Bundesrepublik entschieden gerechter und wesentlich durchschaubarer gestaltet werden. Die Besteuerung von Finanzanlagen oder Immobilienbesitz, die verzerrenden Effekte des Ehegattensplittings, steuerliche Benachteiligung von Alleinerziehenden oder auch nur die bisherige Regelung beim Kindergeld müssen dringend geändert, aufgehoben beziehungsweise gerechter gestaltet werden. Es geht also auch der PDS darum, „ob Arbeitnehmerrechte geschützt und ausgebaut werden, ob dem Auftrag des Grundgesetzes, den Sozialstaat zu verwirklichen, Geltung verschafft wird, oder ob der Weg in Richtung auf die Ellenbogengesellschaft, den Abbau staatlicher Dienstleistungen und die Privatisierung von Lebensrisiken führt.“

Bei unserem politischen Engagement orientieren wir uns nicht nur an der Interessenvertretung der Bürgerinnen der ehemaligen DDR. Es geht uns zugleich um eine sozial gerechtere Ordnung für alle Bürgerinnen. Wenn es

nicht gelingt, die Massenarbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern, aber auch auf dem Gebiet der BRD zu beseitigen, dann wird sich die Tendenz zur Herausbildung einer Zwei-Drittel-Gesellschaft verstärken. Es muß alarmieren, wenn die Konjunkturforschungsinstitute die Zahl der Arbeitslosen für 1991 mit 1,7 Millionen im Osten Deutschlands angeben. Das wird die Verhandlungspositionen der Gewerkschaften auch im Westen wesentlich verschlechtern. Schon deshalb darf keine Entsolidarisierung zugelassen werden.

Im Wissen um die grundsätzlichen Aussagen zur Mitbestimmung in der Grundsatzprogrammatische des DGB und den Forderungen in den Wahlprüfsteinen, die Mitbestimmung umfassend zu erweitern, auf allen Ebenen zu sichern und keine Spaltung der lohnabhängigen Beschäftigten zuzulassen, richtet sich unser außerparlamentarisches und parlamentarisches Engagement darauf, Initiativen für eine breite Demokratisierung der Mitbestimmung bis hin zur Vorlage eines neuen Betriebsverfassungsgesetzes, das alle Novellierungsvorschläge und tragfähigen Erweiterungen, wie sie vom DGB gefordert wurden, in sich aufnimmt. Unnachgiebig werden wir für das Streikrecht der Gewerkschaften eintreten, welches durch die arbeitnehmerfeindliche, undemokratische Änderung des § 116 im Arbeitsförderungsgesetz geschwächt wurde. Wir fordern ein gesetzlich garantiertes Aussperrungsverbot.

Soziale Sicherheit - gesicherte Arbeitsverhältnisse

Der deutsche Einigungsprozeß darf nicht dazu mißbraucht werden, ArbeitnehmerInnenrechte abzubauen. Wir bleiben bei unserer Forderung nach einer fortschrittsorientierten Angleichung der Sozialsysteme in Ost und West - auch wenn die Chancen dafür durch die verantwortungslose Politik der Regierenden von Tag zu Tag geringer werden. Vor allem geht es jetzt darum, den zur Zeit betriebenen Kurs eines arbeitsplatzvernichtenden Sturzes in die kapitalistische Wirtschaft durch eine Politik zu ersetzen, die konsequent die Sanierung vorhandener Betriebe und die Schaffung neuer Arbeitsplätze, perspektivreiche Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie ein hohes Maß an Rechtssicherheit für die Arbeitnehmerinnen in den Mittelpunkt stellt.

Dazu bedarf es einerseits rechtlicher Regelungen, die den neuen Bedingungen in Gesamtdeutschland gerecht werden. Die verfassungsrechtliche Fixierung des Rechtes auf Arbeit und Arbeitsförderung ist dabei von zentraler Bedeutung. Andererseits sind begründete Strukturkonzepte für die einzelnen Regionen der ehemaligen DDR, für den neuentstehenden deutschen und den sich entwickelnden europäischen Wirtschaftsraum notwendig. Nur in Verknüpfung dieser beiden Seiten können ArbeitnehmerInneninteressen, wie die Sicherheit der Arbeitsverhältnisse, der Rechtsanspruch auf Arbeitsförderung oder angemessene finanzielle Leistungen im Falle der Arbeitslosigkeit, wirkungsvoll durchgesetzt werden.

Hinsichtlich der *sozialen Sicherheit für ältere Bürgerinnen* fordert die PDS ein neues Rentengesetz. Dieses sollte die Vorteile des BRD-Rentengesetzes er-

halten, aber seine Nachteile beseitigen und dafür die günstigeren Regelungen des DDR-Rechtes berücksichtigen.

Für das vereinigte Deutschland schlagen wir vor:

- eine Harmonisierung der Alterssicherungssysteme, das heißt gleiche Bedingungen für die Altersversorgung von Arbeitern, Angestellten und Beamten;
- ein reguläres Rentenalter von 60 Jahren für Frauen und Männer, für Erwerbstätige mit erschwerten, belastenden Arbeitsbedingungen und für Schwerbeschädigte ab dem 55. Lebensjahr;
- eine Renten Anpassung, die sich an der Entwicklung der Bruttolöhne orientiert;
- die Abschaffung von nichtsozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen;
- die Einführung eines Wertschöpfungsbeitrages als Instrument zur Finanzierung der Rentenversicherung;
- die Anhebung des Bundeszuschusses auf mindestens 25 Prozent (für DDR-Länder notfalls ein Defizitausgleich).

Wir lehnen das sogenannte Rentenreformgesetz '92 ab, weil es diesen Anforderungen nicht entspricht. Die PDS plädiert für *soziale Mindestsicherungen für alle Bürger*, das reicht von:

- angemessenen Ausbildungsbeihilfen für *alle* Lernenden, insbesondere Stipendien;
- Unterstützung für alle Fälle und die gesamte Dauer von Arbeitslosigkeit;
- Mindestrenten für Alters- und InvalidenrentnerInnen, für Menschen mit Behinderungen, die keiner Erwerbstätigkeit nachgehen können, ab dem 18. Lebensjahr.

Die Sozialhilfepraxis ist für uns nicht akzeptabel, schon gar nicht mit der derzeitigen entwürdigenden Bedürftigkeitsprüfung. Wir fordern für den Bereich der ehemaligen DDR eine sofortige Anhebung der Mindestrente auf 800 DM. Im Zuge der absehbaren Preisveränderungen für Mieten und andere Lebenshaltungskosten muß diese soziale Mindestsicherung dynamisiert werden. Für die Bundesrepublik und später für ganz Deutschland fordern wir eine zu dynamisierende Mindestrente von 1200 DM. Damit muß im vereinigten Deutschland durch gesetzliche Regelungen auch allen Nichterwerbstätigen eine würdevolle Existenz ermöglicht werden.

Die PDS tritt für gemeinschaftliches und eigenverantwortliches Handeln für die *Gesundheit*, für stärkere Vorbeugung, mehr Solidarität, demokratische Selbstbestimmung durch die Versicherten und ein auf die Bedürfnisse der Bevölkerung ausgerichtetes Gesundheitswesen ein, in dessen Mittelpunkt die Verhütung von Krankheiten und nicht deren Vermarktung steht.

Erhalt und Ausbau der medizinischen und sozialen Leistungen für Mütter und Kinder sowie für Arbeitnehmerinnen in Betrieben und Einrichtungen schließt für die PDS wirksame rechtliche Grundlagen für den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz wie die Sicherung der Unabhängigkeit der Betriebs-

ärzte von den Unternehmen, eine Gesetzgebung für arbeitsbedingte Erkrankungen, insbesondere für deren Prävention, sowie den Kündigungsschutz für Kranke ein! Die Beseitigung des akuten Pflegenotstandes in Gesundheits- und Sozialeinrichtungen durch Aufstockung des Personalbestandes, durch attraktive Arbeitsbedingungen und höhere Entlohnung ist eine weitere Forderung. Dabei sind für die Länder der ehemaligen DDR verstärkte Investitionen notwendig, um den Unterschied im Niveau der Krankenhäuser, der Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen sowie von Pflegeheimen zu beseitigen.

Wir treten ein für gleiche Rechte und Pflichten für alle Versicherten und lehnen jede Kostenbeteiligung über die Beitragszahlung hinaus für ganz Deutschland ab. Wir unterstützen die Bemühungen um ein Leistungsgesetz zur Absicherung des Pflegefallrisikos, mit dem gesichert wird, daß nicht die Betroffenen allein die Kosten zu tragen haben. Bund und Länder müssen sich an der Finanzierung beteiligen.

Von Bedeutung sind für uns darüber hinaus solche Aspekte wie komplexe Gesundheitsförderungsprogramme für umweltbelastete Städte, Kommunen und Regionen, der Erhalt des Polikliniksystems in der ehemaligen DDR und dessen Übernahme als effizientes Betreuungsmodell für ganz Deutschland sowie die Eindämmung der profitorientierten unkontrollierten Ausweitung der Medikamentenproduktion und deren Vermarktung.

Wir können insgesamt das häufig verwendete Argument nicht akzeptieren, daß ein Zusammenführen zweier so unterschiedlicher Sozialsysteme über das „Herauspicken der Rosinen“ auf beiden Seiten nicht machbar sei. Wir meinen, daß unsere Vorschläge umsetzbar sind, wenn die überwiegende Deckung der Sozialausgaben durch die Umlage von Beiträgen der Bürger ersetzt wird durch eine garantierte Defizitdeckung durch den Bund für vorab geregelte Sozialleistungen. Das bedeutet, daß *prinzipiell* bei der Gewährung von Sozialleistungen vom reinen Versicherungsprinzip abgegangen werden müßte hin zu einer sozial gerechteren Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern verwirklichen

Die PDS betrachtet die Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern auf allen Lebensgebieten als eine der vordringlichsten politischen Aufgaben am Ende des 20. Jahrhunderts. Die Gleichstellung von Frauen und Männern muß als Verfassungsgrundsatz im Grundgesetz verankert werden. Es muß durchgesetzt werden, daß Frauen gleichgestellt an der Gestaltung der gesellschaftlichen, insbesondere der politischen Verhältnisse teilnehmen.

Gleichstellung in der Arbeitswelt heißt für die PDS in erster Linie die Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit auch für Frauen, die konsequente Überwindung aller noch bestehenden Benachteiligungen von Frauen. Deshalb sind wir für Quotierungen bei der Besetzung von qualifizierten, zukunftsorientierten Arbeits- und Ausbildungsplätzen, bei den Aufstiegschancen sowie für die Neubewertung der Entlohnung von sogenannten Frauenberufen. Wir

werden uns im 12. Deutschen Bundestag für die gesetzliche Festschreibung des arbeits- und sozialrechtlichen Schutzes aller Arbeitsverhältnisse, der eigenständigen sozialen Sicherung der Arbeitnehmerinnen sowie für den weiteren Ausbau der Frauenförderung einsetzen. Das erreichte Produktivitätsniveau in Deutschland bietet genügend Spielraum für weitere Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Den Hauptweg zu diesem Ziel sieht die PDS in der Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, damit Männer und Frauen mehr Zeit für die Erziehung ihrer Kinder und für die Bewältigung ihres eigenen Alltags aufwenden können.

Die PDS tritt für die Ausweitung des bezahlten Elternurlaubs, für eine realistische Zeitrahmngestaltung der Freistellung zur Pflege erkrankter Kinder sowie des Anspruchs von Erziehenden auf Rückkehr in die Vollzeitarbeit nach Teilzeitfreistellung zur Betreuung von Vorschulkindern ein. Notwendig ist ein bundesweit bedarfsdeckendes Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen entsprechend den Bedürfnissen der Arbeitnehmerinnen nach Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie eingedenk der Lebensbedingungen von Alleinerziehenden und des Rechtsanspruchs jedes Kindes auf Betreuung und Fürsorge.

Die PDS fordert die ersatzlose Streichung der §§ 218 und 219 aus dem Strafgesetzbuch und plädiert für eine gesetzliche Verankerung des Selbstbestimmungsrechtes der Frau auch darüber, ob sie sich für Mutterschaft oder für Schwangerschaftsabbruch entscheidet, und zwar ohne Zwangsberatung. Die Möglichkeit des Schwangerschaftsabbruchs sollte im Rahmen einer Fristenlösung im unmittelbaren Zusammenhang mit der Schaffung gesetzlicher Grundlagen für eine moderne, bundesweit aufgebaute Sexualaufklärung, für die kostenlose Gewährung von Verhütungsmitteln sowie für die Installierung eines breiten Angebotes an qualifizierten Beratungsmöglichkeiten im Falle des Schwangerschaftskonfliktes geregelt werden. Die PDS wird in der kommenden Legislaturperiode für die weitere qualitative Ausgestaltung des sozialen Schutzes von Mutter und Kind wirken. Gemäß dem Gleichheitsgrundsatz plädieren wir für ein einheitliches, aber deutlich erhöhtes Kindergeld.

Für ein demokratisches Europa, für eine Welt des Friedens

Demokratisierung und Entmilitarisierung sowie eine friedensfördernde Politik gehören zusammen. Deshalb sind wir gegen eine neue deutsche Weltmachtrolle, gegen jedwede Beteiligung deutscher Truppen an militärischen Einsätzen, zumindest außerhalb des NATO-Bereiches. Dagegen setzen wir die Forderung nach tatsächlicher Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands bis zum Jahre 2000 und die wirksame Verbindung radikaler Konversion mit umfassenden Umweltschutzprogrammen. Dazu gehören auch die Festschreibung eines ABC-Waffenverbotes für deutsche und ausländische Truppen auf deutschem Territorium im Grundgesetz, die Abschaffung von Wehr- und Zivildienstpflicht im Verlauf der kommenden Legislaturperiode des Deutschen Bundestages, der Abzug aller ausländischen Truppen aus

Deutschland und ein umfassendes Exportverbot für Rüstungsgüter und kriegstauglichen Waren durch eine entsprechende Gesetzgebung und strenge parlamentarische Kontrolle. Wir sind für ein Europa ohne ABC-Waffen.

Das vereinte Deutschland hat die politische und moralische Pflicht, mit seinem Potential einen wirksamen Beitrag zur Errichtung einer gerechten und solidarischen Weltwirtschaftsordnung zu leisten, die in der Lage sein muß, die elementarsten Überlebensprobleme der Menschheit zu lösen. Durch wirksame Abrüstungsschritte müssen finanzielle Mittel freigesetzt werden, die auch die Verbesserung der sozialen und ökonomischen Lage von Ländern der Dritten Welt zugute kommen sollten.

In Europa ist der kalte Krieg beendet worden. Jetzt muß ein Abbau des immensen ökonomischen und sozialen Gefälles zwischen Ost und West erfolgen, ansonsten sind dauerhafte politische Spannungen absehbar. Deshalb gilt es, die europäische Integration unter Berücksichtigung der legitimen Interessen aller europäischen Länder mit Bedacht und Vernunft im Rahmen des KSZE-Prozesses zu vollziehen, was auch eine radikale Umgestaltung der Militärbündnisse hin zu politischen beinhalten muß - mit der Perspektive der generellen Auflösung. Die Organe der EG sollten - unter anderem durch die Stärkung des EG-Parlaments - weiter demokratisiert werden.

Die PDS tritt für den Erhalt und die Durchlässigkeit der bestehenden Grenzen in Europa, für das Grundrecht auf Asyl und die gleichberechtigte Behandlung von Asylanten, Arbeitsimmigranten und Flüchtlingen im Innern Deutschlands sowie die Abschaffung aller Sondergesetze ein.

Für eine neue Verfassung

Die PDS setzt sich für eine neue Verfassung Deutschlands ein, die einen großen Teil bewährter Regelungen des Grundgesetzes aufgreifen sollte, aber eben auch berücksichtigen muß, daß die Aufhebung einer vierzigjährigen Teilung des Landes verfassungsrechtlich nicht ohne Konsequenzen bleiben kann. Veränderungen sind aus der Sicht unserer Partei sowohl in einigen strukturellen Fragen als auch in Regelungen notwendig, die vor allem durch die Entwicklung der modernen Zivilisation den neuen Anforderungen nicht mehr gerecht werden. Hier sei nur die Staatszielbestimmung des Umweltschutzes genannt.

In der Diskussion um notwendige verfassungsrechtliche Veränderungen möchte die PDS als aktiver Teilnehmer einer allgemeinen und breiten Diskussion auftreten. Dabei wollen wir das Augenmerk auf solche Themen lenken, wie die Verankerung einer größeren Selbständigkeit der Länder, die Aufnahme sozialer Grundrechte - wie das Recht auf Arbeit und menschenrechtliches Wohnen - sowie die Einarbeitung plebiszitärer Elemente. Die Arbeit mit Runden Tischen in der ehemaligen DDR hat gezeigt, daß Bürgerinnen neben dem Wahlrecht ein unmittelbarer Einfluß auf politische Entscheidungen zustehen kann und soll.

Verfassungsrechtlich muß das Problem der gesellschaftlichen Integration der ausländischen Mitbewohner klar bestimmt werden. Die PDS ist für das kommunale Wahlrecht für Ausländer.

Wir sind der Meinung, daß die objektiv größer werdende Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland zur Friedenssicherung, zur Lösung der globalen Probleme im Grundgesetz verankert werden muß.